

## Fair Pay



**Unser Steuersystem ist ungerecht. Konzerne und Top-Vermögen zahlen zu wenig Steuern, die hart arbeitende Mittelschicht zu viele. Zeit, die Schrauben in die richtige Richtung zu drehen.**

Unter dem Deckmantel der Globalisierung und dem Mantra des Steuerwettbewerbs folgend hat sich die Steuerlast in den letzten Jahrzehnten systematisch von Kapital und Vermögen hin zum Faktor Arbeit verschoben. Österreich nimmt da eine unerfreuliche Spitzenposition ein – hier ist das Missverhältnis besonders ausgeprägt: Während 1965 der Beitrag des Faktors Arbeit zum gesamten Steuerkuchen rund die Hälfte betrug, ist er heute auf beinahe zwei Drittel angewachsen. Der OECD-Schnitt liegt, im Vergleich dazu, konstant bei 50 %.

Innerhalb der Europäischen Union herrschte lange der ideologische Irrglaube vor, dass Steuerwettbewerb wohlfahrtsfördernd sei. Dank Lux Leaks und Panama Papers sind wir aber mittlerweile klüger. Steuerwettbewerb und Steuerschlupflöcher nützen am Ende nur den Großkonzernen und deren Eigentümern

(und der Steuerberatungsbranche). Die Dummen sind die (österreichischen) KMUs und ArbeitnehmerInnen, die die volle Steuerlast tragen. Diese können ihre Gewinne bzw. ihren Lohnzettel nicht über Briefkastenfirmen systematisch um den Globus schicken, um ihre Steuerlast

schnitt ist nicht repräsentativ, da die reichsten 5 % der Haushalte rund 50 % des Vermögens besitzen. Obwohl diese starke Vermögenskonzentration in Österreich laut EZB-Studien die höchste in der EU darstellt, leisten die reichsten Haushalte im OECD-Vergleich die geringsten Steuern.

**Im Durchschnitt besitzt jeder österreichische Haushalt 250.000 Euro. Dieser Durchschnitt ist nicht repräsentativ, da die reichsten 5 % der Haushalte rund 50 % des Vermögens besitzen.**

zu reduzieren. Steueroasen sind für sie nur Fata Morganas.

### **Es geht uns gut?**

Eine relativ lange Periode von Wachstum und Frieden hat zu einem bemerkenswerten Anstieg des Privatvermögens geführt. Im Durchschnitt besitzt jeder österreichische Haushalt 250.000 Euro. Aber (und das ist ein großes Aber): Dieser Durch-

### **Steuerungsgerechtigkeit in der Praxis**

Zwei junge Menschen: Klaus und Maria. Klaus hat sehr wohlhabende Eltern, Maria kommt aus einer Arbeiterfamilie, die mit ihrem Einkommen gut ausgekommen ist, beachtliches Vermögen konnte sie aber nicht aufbauen. Klaus bekommt zum 25. Geburtstag 1 Million Euro übertragen. Maria bekommt zum 25. Geburtstag einen ge-

im Steuersystem

Fairer Beitrag von  
***Konzernen  
& Millionären***



Durchschnittsverdiener:  
**47,1 %**  
 Steuern & Abgaben  
 an den Staat



## 1.500 Euro steuerfreier Lohn heißt 500 Euro mehr am Konto der Steuer- zahlerInnen. Das ist Gerechtigkeit.

brauchten VW-Golf im Wert von 9.000 Euro. In der Folge machen beide einen akademischen Abschluss und verdienen gut.

Maria wird Klaus' Lebensstandard dennoch niemals erreichen, denn Klaus hat die Million steuerfrei erhalten, Maria müsste 84 Jahre arbeiten, um auf diese Million zu kommen. In diesem Zeitraum würde sie fast 1 Million Euro an Lohnsteuer und SV-Beiträgen abführen. Schade für Maria, ein Glück für Klaus?

### Was tun?

Heute stehen wir vor der Situation, dass DurchschnittsverdienerInnen 47,1 % ihres Arbeitseinkommens an Steuern und Abgaben an den Staat abzuführen haben, Platz 6 in der EU. Das ist eindeutig zu hoch. Daher drehen wir an zwei Schrauben: Einerseits geht es darum, dass die Steuerlast gerechter verteilt wird und alle ihren fairen Beitrag leisten. Gleichzeitig wollen wir die Steuer- und Abgabenquote insgesamt senken, indem wir Sozialstaat und Verwaltung effizienter organisieren.

### Zentraler Baustein: Steuerstrukturreform

Entlasten wir doch den Faktor Arbeit für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen – um 5,3 Milliarden Euro. Bleiben 1.500 Euro Mindestlohn steuerfrei, entspricht das einer Entlastung von 500 Euro pro SteuerzahlerIn. Und wenn wir die Steuern auf Arbeit um 3 Milliarden Euro senken, ist jede/r Beschäftigte für den/die ArbeitgeberIn ebenso um 500 Euro billiger. Win-Win in Reinkultur.

**Die Finanzierung haben wir bereits mitbedacht:** Einsparungen bei Verwaltung und Förderungen bringen 2 Milliarden Euro, Verschärfungen bei den Konzernsteuerregeln bis zu 1 Milliarde und – in Zeiten steigender Automatisierung – eine Verbreiterung der Finanzierungsgrundlage des Familienlastenausgleichsfonds über den Faktor Arbeit hinaus (z. B. Verbrauch fossiler Energieträger). Das bringt Mehr-

einnahmen von 1,5 Milliarden Euro. Der übrige Teil finanziert sich durch höhere Einnahmen aufgrund der besseren Konjunktur- und Beschäftigungssituation.

### So geht Steuergerechtigkeit! Unsere Ideen zu einem faireren Steuersystem:

- **Einführung Erbschafts- und Schenkungssteuer ab einer Million Euro zur Sicherung der Pflegefinanzierung**
- **Negativsteuer auch für MindestpensionistInnen:** Derzeit wird die Ausgleichs-zulage (Mindestpension) auf die Negativsteuer für PensionistInnen von 110 Euro jährlich angerechnet. Dadurch haben die 300.000 MindestpensionistInnen als einzige Gruppe nichts von der Steuerreform gehabt. Das ist eine nicht nachvollziehbare Ungerechtigkeit, die wir beheben wollen.





Für Sie:

+500

Euro



Fürs Finanzamt:

-500

Euro

## So geht Steuergerechtigkeit!



### • Begrenzung der ManagerInnengehälter

Die ManagerInnengehälter sind völlig aus dem Ruder gelaufen. Bei den ATX-Unternehmen verdient ein/e ManagerIn inzwischen das 50-fache eines durchschnittlichen Arbeitnehmers. Bis in die 1970er und 1980er Jahre hinein war es das 15- bzw. das 20-fache. Mit Leistung hat das nur bedingt zu tun. Daher fordern wir eine klare gesetzliche Regelung, die börsennotierte Unternehmen verpflichtet, das Verhältnis von Managementbezügen zum Durchschnittsgehalt ihrer MitarbeiterInnen per Aufsichtsratsbeschluss festzulegen.

### • Wir gehen mit gutem Beispiel voran:

Wir wollen außerdem eine gesetzliche Deckelung der Gehälter von ManagerInnen in staatseigenen Betrieben mit maximal jährlich 500.000 Euro brutto. In der Privatwirtschaft gibt es keine steuerliche Anerkennung für Managergehälter über 500.000 Euro. Es ist daher logisch und konsequent zu sagen, dass dieses Gehalt

Machen wir Arbeit bezahlbarer und sorgen wir dafür, dass alle ArbeitnehmerInnen um 1.000 Euro weniger belastet werden und sich das sowohl am Lohnzettel als auch bei den Lohnnebenkosten mit jeweils rund 500 Euro bemerkbar macht. Im Gegenzug besteuern wir die Konzerne, verbreitern die Finanzierungsgrundlage des Sozialstaats und sparen bei Verwaltung und Förderungen.

genug ist. Außerdem setzen wir uns für die Entfristung des erhöhten Spitzensteuersatzes für Millioneneinkommen von 55 Prozent ein (derzeit befristet bis 2020).

### • Sozial gerechter

#### Ausgleich der kalten Progression:

Die Lobby der TopverdienerInnen verlangt eine automatische Indexierung des Steuertarifs mit der Durchschnittsinflation. Gerecht ist das nicht, weil der Durchschnitt nicht repräsentativ ist – in den letzten Jahren war die Inflation bei kleinen Einkommen viel größer, weil Preistreiber wie Wohnen oder Lebensmittel in ihrem Warenkorb ein viel höheres Gewicht hatten als bei hohen Einkommen.

Die SPÖ steht für automatische Steuer-senkungen für TopverdienerInnen nicht zur Verfügung! Daher folgender Vorschlag: Ab 5 % Inflation ist die Bundesregierung verpflichtet, dem Parlament einen Gesetzesvorschlag zur Abgeltung der kalten Progression vorzulegen, der die einkommensspezifischen Effekte der kalten Progression berücksichtigt. Daraus folgen regelmäßige kleine Steuerreformen zur Entlastung der BürgerInnen. ■